Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich 42 Rpfg. Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Träger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigenannahmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 73. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 26 März 1928

Ein gefundenes Fressen.

Der Franzose hat als Sprichwort den Satz, daß das Lächerliche tötet. Nur das Lächerliche, aber nicht das — Verächtliche. Namentlich dann nicht, wenn ein solcher Skandal — und Vorkommnisse dieser Art sind bekanntlich in Frankreich nicht gerade selten — politischen Einschlag hat, an ihm Parlamentarier, höhere Beamte usw. beteiligt sind. Dann wird sehr schnell die Dementierspritze herangeholt oder man schweigt die ganze Sache tot.

Manchmal klappt diese Taktik doch nicht so ganz. Über die Art, wie nach dem Kriege in Elsaß-Lothringen bei der Liquidation des deutschen Privateigentums verfahren worden ist, mußte doch eine parlamentarische Untersuchung veranstaltet werden, weil die Sache allzusehr zum Himmel stank. Darüber kam denn auch ein Bericht zustande, der geradezu abenteuerliche Mitteilungen enthielt. Poincaré und seine Regierung setzten alles daran, das Erscheinen dieses Berichtes zu verhindern, aber das mißlang, der Bericht wurde veröffentlicht.

Die Untersuchungskommission hatte sich nur mit der Liquidation der lothringischen Eisenwerke beschäftigt. Das waren Riesenbetriebe allermodernster Art. Gewaltige Kapitalien waren in die Werke hineingesteckt worden; so hatte die Firma Thyssen, der eines dieser Werke gehörte, allmählich etwa 1,4 Milliarden Mark dort angelegt. Das war für die französische Schwerindustrie ein gefundenes Fressen, als nun Elsaß-Lothringen an Frankreich fiel, dort der deutsche Privatbesitz liquidiert, also zugunsten des Staates verkauft wurde. Die weitaus wertvollsten Objekte waren diese Eisenwerke und die Kalibergwerke im Elsaß. Aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses geht hervor, daß gerade der Staat es der französischen Industrie sehr leicht, auffallend leicht gemacht hat, das alles zu erwerben, und zwar zu einem geradezu lächerlich geringen Preise. An der Spitze des Konsortiums stand Herr de Wendel, selbst lothringisch-saarländischer Großindustrieller, einst — deutscher Reichstagsabgeordneter. Er und die Seinen machten ein großartiges Geschäft, denn sie bezahlten — oder vielmehr sollen in 20 Jahren bezahlen — für die Riesenwerke mit ihren Milliardenwerten nur 180 Millionen Frank. Also ganze 30 Millionen Mark! Aber Herr Millerand, später Präsident der Französischen Republik, war damals Oberkommissar für Elsaß-Lothringen und hatte bestimmt, daß das sequestrierte deutsche Privateigentum nicht öffentlich versteigert, sondern „freihändig" verkauft werden sollte. Als Zwischenverwalter hatte man Politiker, Advokaten, sogar Offiziere eingesetzt, die sich dabei fehrrasch recht „gesund" machten und sich beim „freihändigen" Verkauf die Hände ergiebig füllen ließen. Was uns Deutsche daran aber besonders interessiert, ist nun die Aufrechnung, die dann erfolgte. Der Erlös aus diesen Liquidationsverkäufen sollte zunächst dazu dienen, um die deutschen Vorkriegsschulden an Frankreich zu decken. Infolge des lächerlich geringen Ergebnisses dieser Verkäufe mußte Deutschland, um jene Schulden abzudecken, noch ganz gewaltig, Hunderte von Millionen Mark, zuzahlen. Und der „Oberverwalter des sequestrierten deutschen Eigentums", Herr Senator Alphand, rühmte sich noch dessen, daß er auf diese Weise noch 600 Millionen aus Deutschland herausgeholt habe. Diese Riesenschiebung umkleidet man also mit dem Nimbus einer patriotischen Tat!

Geschehen wird natürlich — gar nichts. Soeben ist auch noch der Versuch, ähnlichen Vorkommnissen beim Verkauf der ungeheuer ergiebigen elsässischen Kalibergwerke nachzugehen, schleunigst abgewürgt worden. Beim Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten Nord- und Ostfrankreichs kamen ja derartige Skandale und Betrügereien geradezu in Massen vor; es wurde dann darüber im Parlament ein bißchen geredet. Aber nicht lange. Der Deutsche hatte ja zu bezahlen. Jetzt hat die deutsche Regierung die Kriegslastenkommission in Paris angewiesen, auf Grund jenes Berichtes doch einmal vorstellig zu werden bei der französischen Regierung. Viel Erfolg wird das ja kaum haben; denn an der Affäre sind allzu viele und allzu einflußreiche Personen beteiligt.

Der Papst über Südtirol.

Der Vatikan fühlt sich nicht frei.

Bei der Audienz einer Pressevertretung in Rom sagte der Papst über Südtirol, es schmerze ihn aufrichtig, daß deutsche und österreichische Katholiken ihm den Vorwurf machten, als ob er nicht für die Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache eingetreten sei. Was er tun konnte, habe er getan, denn er denkt als Vater an alle seine Kinder und an die Bedrängten zunächst. Aber sagen Sie, so fuhr er fort, Ihren Katholiken, daß Wir nicht frei sind, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Italien genau dasselbe ist wie am 21. September 1870. Wir werden auch in Zukunft tun, was möglich ist, und auch beten. Aber Wir müssen befürchten, daß weitere Demütigungen Unsererseits die Situation eher verschlimmern als verbessern.

Der Abschluß der Abrüstungskonferenz in Genf

Ein Appell des Grafen Bernstorff.

Im Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter Graf Bernstorff angesichts der Ablehnung der deutschen Anträge einen Überblick über die bisherigen Abrüstungsbestrebungen des Völkerbundes. Man könne wohl beobachten, daß der Ausschuß selbst den Zwang in sich fühle, vorwärtszukommen. Dieser Zwang, so betonte Graf Bernstorff, rühre aber nicht etwa von Deutschland her, sondern die im Versailler Vertrag niedergelegten Verpflichtungen seien es, von denen der vom Ausschuß empfundene Zwang ausgehe. Nicht Deutschland sei es, das die Völkerbundsatzung und die Friedensverträge entworfen habe. Beide seien aber jetzt unterzeichnet und feierlich ratifiziert und

sie müßten deshalb auch ausgeführt werden.

Dies hätten auch die Organe des Völkerbundes wiederholt anerkannt.

Leider sind alle diese Mahnungen, so führte Graf Bernstorff weiter aus, vergeblich geblieben, und das Arbeitstempo des Ausschusses zeigt einen beklagenswerten

Mangel an Schwung.

Wie lange die deutsche Regierung diese Unfruchtbarkeit der Ausschußarbeiten mit ansehen wird, steht dahin. Nichts anderes bleibt mir übrig, so schloß Graf Bernstorff, als angesichts des Schlusses der fünften wiederum ergebnislosen Tagung Berufung an die Bundesversammlung im Herbst dieses Jahres einzulegen, jenes Organs des Völkerbundes, welches den Auftrag zur Vorbereitung der Abrüstung dem Ausschuß erteilt hat und dem dieser Ausschuß verantwortlich bleibt. Selbstverständlich würde ich mich sehr freuen, wenn unser Ausschuß in der Lage wäre, der nächsten Bundesversammlung den Entwurf eines Abrüstungsabkommens nach erfolgter zweiter Lesung vorzulegen, einen Entwurf, der geeignet wäre, die Zweifel und Befürchtungen zu zerstreuen, die ich hier vor aller Öffentlichkeit darzulegen gezwungen war. Allerdings ist bei der Wendung, die unsere Arbeiten bis jetzt genommen haben, zu befürchten, daß sich auch diese Hoffnung nicht verwirklicht. Dann wird die Bundesversammlung als Hüterin des Ansehens und des Einflusses des Völkerbundes diejenige Stelle sein — und hierbei folge ich einer Anregung des amerikanischen Delegierten Gibson —, die veranlassen wird, daß unser Ausschuß endlich aufhört, in immer erneuten Tagungen

eine bedauerliche Unfruchtbarkeit

zu beweisen. Die Bundesversammlung wird auch dafür zuständig sein, einen Bericht über den tatsächlichen Stand jener zwischen den Regierungen laufenden Besprechungen entgegenzunehmen, die aber keinerlei praktisches Ergebnis gezeitigt haben.

In seiner Schlußrede erklärte der Vorsitzende, Loudon, die unbestreitbare Bedeutung der abgelaufenen Tagung liege in der Tatsache, daß die russische Delegation ihre Vorschläge in voller Freiheit entwickeln konnte.

Litwinow

zog seinerseits die Bilanz dieser Tagung, indem er noch einmal die Auffassung des Berichterstatters Politis kritisch beleuchtete, wonach die sofortige und vollständige Abrüstung mit dem Völkerbundpakt im Widerspruch stehe.

Der chilenische Delegierte Valdes gab mit Bezugnahme auf die in dieser Woche gefallene Entscheidung Spaniens der Hoffnung Ausdruck, daß Spanien bei der nächsten Tagung im Ausschuß wieder mitarbeiten werde. Litwinow erklärte, er glaube im Namen aller Ausschußmitglieder dem Sekretariat und der Abrüstungsabteilung für die geleistete Arbeit danken zu können, was Lord Cushendun zu der mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommenen Schlußbemerkung veranlaßte, daß trotz tiefgehender Gegensätze in dieser Frage zwischen ihm und Litwinow vollkommene Übereinstimmung herrsche.

Die gegen Deutschland und Rußland angenommene Entschließung besagt, daß der Ausschuß nach Prüfung des russischen Projektes über sofortige, vollständige und allgemeine Abrüstung fast einstimmig der Meinung ist, daß dieses Projekt vom Ausschuß nicht als Grundlage seiner Arbeiten angenommen werden kann, die auf dem bereits eingeschlagenen Wege fortgesetzt werden sollen.

Auf die ursprünglich vorgesehene Festsetzung eines äußersten Termins für die zweite Lesung wurde auf Antrag des amerikanischen Delegierten Gibson, der von Italien und von der Tschechoslowakei unterstützt wurde, verzichtet, weil, wie Gibson begründete, der Vorsitzende bei Einberufung der nächsten Tagung die Sicherheit haben müsse, daß die schwebenden Verhandlungen unter den interessierten Mächten zur Überbrückung der Gegensätze zu einem Ergebnis geführt haben, durch das die Aufstellung eines endgültigen Abkommensentwurfes bei der nächsten Tagung gewährleistet werde.

*

Neue britische Vorschläge zur Seeabrüstung.

Lord Cushendun setzte sich in einer Note an die Mächte, die das Washingtoner Abkommen unterzeichnet haben, für eine Herabsetzung der Seerüstungen ein und verlangt u. a. als höchstzulässiges Kriegsschiff das 30 000-Tonnen-Kriegsschiff an Stelle des 35 000-Tonnen-Kriegsschiffes.

Die Erlebnisse des verhafteten Deutschen in Rußland

Ingenieur Goldsteins Bericht.

Prozeßverhandlung erste Aprilwoche.

Der im Donezgebiet mit anderen Deutschen verhaftet gewesene und dann wieder entlassene Oberingenieur Goldstein ist bekanntlich nach Berlin zurückgekehrt und hat dort Bericht über seine Erlebnisse erstattet. Der Bericht ist nunmehr veröffentlicht worden, bringt aber immer noch keine volle Klarheit über die eigentlichen Ursachen zu dem gewaltsamen Vorgehen der Sowjetbehörden. Nach Moskauer Berichten soll der Prozeß gegen die noch in Haft befindlichen Deutschen in der ersten Aprilwoche in Moskau stattfinden.

Die russische Presse greift zwar noch vereinzelt die Deutschen an und kritisiert den Standpunkt Deutschlands in der entschiedenen Verteidigung der betroffenen Reichsangehörigen, hüllt sich aber im übrigen in Schweigen und geht nicht näher auf das ein, was eigentlich vorgekommen ist oder vorgekommen sein soll.

Was Goldstein erzählt.

In der Nacht zum 6. März ist Oberingenieur Goldstein plötzlich verhaftet worden. Nach einer eingehenden Haussuchung wurde er in die nächste Kreisstadt Stalin übergeführt. Hier wurde er 24 Stunden im Gefängnis gehalten, dann nach Charkow und von dort nach Rostow am Don gebracht. Im Rostower Gefängnis hat er die ganze Zeit bis zu seiner Freilassung am 17. März zugebracht. Aus seiner Berichterstattung geht hervor, daß die

Gefängniszeit außerordentlich schwer

für ihn war, weil die Gefängnisverhältnisse derart waren, daß Herr Goldstein die Leiden dieser Zeit noch nicht überwunden hat. Er wurde mit einer großen Anzahl anderer Gefangener in kleinen Zellen gehalten. So war seine Zelle vier Meter lang und 1,70 Meter breit. Darin waren gleichzeitig noch sechs andere Gefangene untergebracht. Unter dem Ungeziefer wie unter der schlechten Behandlung litt Goldstein gleichermaßen. Über den Grund seiner Verhaftung wurde Goldstein dauernd in voller Unwissenheit gelassen. Erst am 14. März fand das erste Verhör statt. Dabei stellte es sich heraus, daß ein

Montagebericht,

den einer seiner Monteure ihm nachgeschickt hatte, der Sowjetgeheimpolizei in die Hände gefallen und von dieser in so entstellender Form übersetzt worden sei, daß sich tatsächlich alles mögliche daraus konstruieren ließ. Der Vergleich mit dem Original hat dann aber offenbar auch die Sowjets von der Haltlosigkeit der Anklagen überzeugen müssen, und so wurden Goldstein und Wagner am 17. März freigelassen. Bis dahin ist es Herrn Goldstein aber auch nicht möglich gewesen, sich mit der deutschen Vertretung in Verbindung zu setzen. Die Russen haben die Vertragsvorschriften allerdings insofern formal eingehalten, als sie der deutschen Botschaft am Abend vor der Verhaftung eine Ankündigung zugehen ließen, die freilich keine genauen Angaben enthielt. Der Zutritt zu den Gefangenen ist bisher noch nicht erlaubt worden. Nach den Vertragsbestimmungen haben die Russen das Recht, den Besuch hinauszuschieben. Auch die Bestellung eines deutschen Anwalts ist noch nicht genehmigt worden. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß die Erlaubnis hierzu noch nach Abschluß der Untersuchung gegeben wird.

Ueber das Schicksal der übrigen Verhafteten

ist auch heute noch nichts Genaues bekannt. Sie befinden sich ebenfalls in Rostow am Don. Es ist versprochen worden, die Untersuchung in kürzester Zeit zu Ende zu führen und der deutschen Botschaft dann zu berichten. Auch Herr Goldstein kann über den genauen Grund der Verhaftungen noch keine Aussagen machen. Die ursprüngliche Annahme, daß die Verhaftungen auf die Reibereien zurückzuführen wären, die sich bei der Ablieferung von Maschinen zwischen deutschen und russischen Ingenieuren ergeben hatten, wird sich wohl nicht aufrechterhalten lassen, weil auch die russischen Ingenieure mitverhaftet worden sind. Interessant ist übrigens, daß der Verfasser des beschlagnahmten Montageberichts überhaupt nicht verhaftet worden ist. Herr Goldstein berichtet dann weiter noch, daß die Behandlung nach Aufklärung der falschen Übersetzung sehr viel besser, so außerordentlich freundlich geworden ist. Er wurde dann auch sofort in eine bessere Zelle übergeführt. Seine Enthaftung und seine Abreise nach Deutschland sind im einzelnen bekannt

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF